

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Montagspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Post bezogen vierteljähr. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ungarn M. 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Spingergasse 21. II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Spingergasse 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

nr. 71.

Dresden, Sonnabend den 27. März 1909.

20. Jahrg.

## Junker-Sieg.

Es ließ sich voraussehen, daß die Verabschiedung eines Branntweinsteuergesetzes durch einen Bloß, dem Agrarier einstimmig gleichgültig angehöre, ihre Schwierigkeiten haben. Die deutsche Branntweinsteuerung dient nur zum Teil fiskalischen Zwecken; das Steuergesetz ist mehr ein Erzeugnis für die landwirtschaftlichen Brenner. Sie in einer getragenen gemeinschaftlichen Weise bevorzugen. Die Zusammenfassung eines bestimmten Kontingentes (das ist bestimmten Anteils an der Gesamtproduktion), das einen Vorzug von 20 M. genöß, haben die Landwirte im Brenner in den letzten 20 Jahren mindestens Millionen Mark an Liebesgaben empfangen. Wegen diese habe hat sich nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch gewisse Linke seit vielen Jahren immer wieder gewandt. Es stand es im Volke gar nicht, daß Regierung und Reichstag auf die Steuerfrage bezogen, während doch die Einnahmen durch die bloße Abschaffung der Liebesgabe um hundert Millionen mit einem Schlage vermindert werden könnten. Jetzt, in der die notwendigen Lebensbedürfnisse der Masse des Volkes durch Zölle und Steuern bis zur Unkenntlichkeit verteuert wurden, gab das Reich mit vollen den Bevorzugungen, hätte die Taschen derer, die ohnehin Besitzer großer Landflächen günstig gestellt waren. Man mußte man bei der bisher bezogenen Nachgiebigkeit malen damit rechnen, daß sie ihre alte Forderung der Aufhebung der Liebesgabe nicht aufrecht erhalten, aus Furcht, dadurch die Bloßtreue zu verlieren, zu verringern. Tatsächlich schlugen denn auch die 20 M. Liebesgabe in verschiedenen Stufen herabzusetzen und diese Herabsetzung über 10 Jahre hin. Damit war der Forderung der Gerechtigkeit nahe gekommen. Man mußte vielmehr dabei beharren, sogenannte Kontingentspannung auf das niedrigste Maß zu drücken, das nach der Lage der Staatsverträge zwischen norddeutschen Staaten zurzeit erreichbar ist, nämlich auf 1 M. Nur um ihren Bloßfreunden eine Gefälligkeit zu tun, traten die Freisinnigen von ihrer prinzipiellen Forderung. Mehrere Tage hindurch schien es so, als würden Agrarier mit einer solchen allmählichen Herabsetzung der 20 M. bis auf 5 M. abfinden. Das hätte bedeutet, daß 15 Mill. M. in Zukunft nur noch etwa 12 Mill. M. Taschen gestossen wären. Möglich aber belamen sie eine eis Wille durch die süddeutschen Bundesratsmitgliedern das Zentrum. Die Vertreter der süddeutschen Staaten sie müßten im Interesse der vielen süddeutschen kleinen

Brenner an dem Bestehen der Liebesgabe in der bisherigen Höhe festhalten; das Zentrum ergriffte geschickt die Gelegenheit, dem Bloß eine tödliche Wunde beizubringen und stellte sich auf diesen von den Süddeutschen gekennzeichneten Standpunkt. Nun wuchs dem Agrarier der Mut; sie haben die Möglichkeit einer neuen Parteigruppierung gegeben, eine Gruppierung, die ihnen jährlich 32 bis 34 Millionen Mark mehr Bargeld einzubringen verspricht. Da gab es natürlich kein Halten und kein Bedenken mehr. Bargeld laßt und recht nicht. Ein paar Vertreter der Agrarier, die sich schon für die Verminderung der Liebesgabe festgelegt hatten, verschwanden lautlos aus der Kommission und an ihre Stelle traten Männer, wie der Graf von Schwerin-Schwig, die, frei von jeder Sentimentalität, mit rascher Entschlossenheit das Geschäft zum Abschluß brachten.

Am 24. März, als der Abg. v. Normann den Freisinnigen und Nationalliberalen den Bloß kündigte, war dieser edle Graf schon bei Bülow gewesen, um dort zu sondieren. Man weiß, was er erfuhr: Bülow „gedenkt“ auch mit dem neuen Bloß zu regieren.

So nach allen Richtungen geschickt, gingen die Agrarier entschlossen vor. Der neue Bloß, der sich aus Konservativen, Zentrumsleuten, Polen und Antisemiten zusammensetzt, beschloß am 28. März die Ersetzung der bisherigen Liebesgabe in der Höhe von rund 46 Millionen Mark, beschloß aber außerdem eine neue Liebesgabe von 10 Millionen Mark noch dazu zu fügen. Während also dem Volke eine neue Steuerlast von 400 bis 500 Millionen M. aufgezogen werden soll, denken sich die Agrarier nicht nur um direkte Steuern herum, verweisen sie nicht nur die Nachschußsteuerung aus Furcht vor der Aufhebung ihrer schamlosen Steuerhinterziehung, nein — sie benutzen sogar die Gelegenheit, um einen neuen Raubzug auf die Taschen des armen Volkes auszuführen. Mit Hilfe ihrer schwarzen Schütztruppe, die glücklicherweise der Macht drängt, zertrümmern sie hochmütig den Bloß und ziehen mit dem Jubelschrei davon.

Die Nationalliberalen und Freisinnigen sommern jetzt über den neuen Bund der agrarischen Ausbeuter konservativer und liberaler Führung. Aber sie selbst haben erst durch ihre schwachmütige Nachgiebigkeit diesen Zustand herbeigeführt. Noch lassen sich die Folgen des agrarischen Vorgehens nicht ganz überschauen; noch sind vor allem die Absichten der Zentrumspartei in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Noch weiß man auch nicht, welche Konsequenzen für die Regierung aus diesen Vorgängen erwachsen. Aber das eine weiß man, daß die Agrarier wieder drauf und dran sind, aus der Haut des Volkes Nerven zu schneiden.

## Der wüste Wirtswart.

Die Abstimmung in der Finanzkommission über die Branntwein-Liebesgaben ist der erste tatsächliche Bruch der bisherigen Bloßpolitik. In der Nachschußsteuerfrage hatten die Vorkämpfer auch schon nicht an eine konservativ-liberale Mehrheitsbildung herangeführt, aber im letzten Augenblick kam unter Bülows Einfluß noch das Zentrum als Kompromiß der Bloßparteien unter Ausschaltung des Zentrums zustande. Jetzt ist in einer Abstimmung von nicht geringer Bedeutung der alte Bloß auseinandergefallen und der neue Bloß zur Wirklichkeit geworden.

Was wird nun weiter werden? Wird die Liebesgaben-Abstimmung in der Finanzkommission nur eine Episode bleiben? Werden Konservativ und Liberale durch neue Kundgebungen doch wieder einen Weg zur Einigung finden? Oder ist das Ende des Bloßes wirklich gekommen?

Alles ist wirt und unsicher. Vor allem in den Regierungskreisen. Die von uns gestern wiedergegebene Erklärung der Nordd. Allg. Stg. ist in äußerst unsicheren Wendungen abgefaßt. Die Regierungen der Einzelstaaten scheinen sich darauf zurückzuführen, daß sie nur ihre Finanzen vor Eingriffen des Reiches sichern, im übrigen aber die Finanzreform auch in anderer Art, als sie vorgeschlagen hatten, zur Vollenbung gelangen lassen wollen. Auch in Regierungskreisen scheint die Ansicht sich zu verfestigen, die von den Konservativen vertreten wird, daß die Finanzreform sei es mit wechselnden Mehrheiten, sei es auch mit einer konservativ-liberalen Mehrheit gemacht werden könne, wenn sie nur eben gemacht wird. Bülow's Rolle freilich ist dabei von größter Wichtigkeit. Dem konservativen Grafen Schwerin-Schwig soll er Versicherungen gegeben haben, die die Konservativen zu ihrer neuesten Stellungnahme in der Branntweinfrage veranlaßten. Die Frankfurter Zeitung wiederum meldet, Bülow habe am Donnerstag die Abgeordneten Wassermann und Wiemer zu sich zitiert und ihnen erklärt, er sei entschlossen, die Finanzreform mit Hilfe des Bloßes durchzuführen. Wie will Herr v. Bülow das aber machen, da die Konservativen den Bloß „erlassen“?

Die konservative Partei wünscht, wie die parteiunabhängige konservative Korrespondenz ausführte, daß „das große nationale Werk der Reichsfinanzreform in freier Betätigung“ zustande gebracht werden soll. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß die Junker den Liberalen gestatten, die indirekten Steuern mit ihnen zusammen zu bewilligen und daß die Fragen, in denen die Liberalen nicht mitmachen wollen — Besitzsteuer, Branntweinliebesgaben und anderes —, von den Konservativen und dem Zentrum bejagt werden. Ein schöner Plan, der Zeugnis ablegt von der allein herrschenden Position, in der sich die Junker fühlen!

Aber die Liberalen? Sie loben jetzt wie die Blüten. Sie klagen über konservative Untreue. Sie beschwören ihren Meister Bülow, sich ins Mittel zu legen. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sowie die nationalliberale Reichstagsfraktion haben erklärt, es sei das Ende des Bloßes gekommen, wenn die Konservativen in wichtigen Steuerfragen mit dem Zentrum gehen. Die Nationalliberalen drohen, die gesamte Finanzreform abzulehnen, wenn Teile von ihr durch Zentrumshilfe zustande kämen. Ob

## Dr. Wilhelm Adolf Haubner.

Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Sachsen.

II.

Am Frühe des 5. Mai 1849 rüdten die Truppen zum Angriff auf die Aufständischen in Dresden vor, obwohl der vereinbarte Waffenstillstand noch nicht beendet war. In seiner geschäftigen, hochaktiven, die das tendenziöse Buch des Herrn v. Rönne auszeichnet dieser reaktionäre Junker, die „Rebellion“ gegen die Truppenbefehle einen Bruch der Konvention gesehen „Rebellion“ gehabt, durch zwei Angehörige, den Dr. W. A. Haubner und P. Döhlfeld, Mediziner des 2. Bataillon, die sich im Blockhause beim Generalleutnant v. Schrenker den Bruch der Konvention zu beklagen. Die Konvention über eine Deputation des Stadtrats und der Stadtverordneten mit dem Gouverneur der Stadt, Generalmajor von Döhlfeld, abgeschlossen werden. Die Vertreter der Stadt hatten gemüßigt die Reiterei und die Geschütze, deren Anblick den meisten erbittert, vom Theaterplatz zurückzuführen. Die Konvention kam auch zustande. Das Militär sollte zurückgehen, Angriff auf die Kommunalgarde oder das Volk stattfinden, die sich der Heiligkeit entziehen. Wenn die Demokratie über radikalsten Führer ins Lager des Militärs schickten, über den Bruch des Waffenstillstandes zu beklagen, so konnte ein Zeichen aufgesetzt werden, daß die Aufständischen nicht ernst übergeben wollen und zu Verhandlungen geneigt sind. Man überließ sich nach und nach weiteren Unterhandlungen. Aber es ist ja gewiß, daß die Führer des Militärs die Regierung dies gar nicht mehr wollten. Die Demokratie überließ sich sehr zu kurz, daß er ihnen nur den Rat geben konnte, leuchtete den Rückweg anzutreten, da es in kurzer Zeit kaum mehr möglich sein würde, ungeführt wieder nach zu kommen.

Der blutige Kampf mußte nun von den Demokraten empfangt werden. Aber darüber werden sie sich wohl schon am Montag klar gewesen sein, daß sie gegen das Militär nicht

wenden standhalten können. Und zu denen, die am härtesten entlassen waren, gehörte Haubner. Er scheint mit der Leitung des Kampfes nicht nur unzufrieden gewesen zu sein, sondern ihn auch sehr mitleidig gegenüber gestanden zu haben. Am 5. Mai half er die Barrikade am Hotel de Bologne verteidigen. Von hier hat er sich entfernt, nachdem er vorher noch mehrere Barrikadenkämpfe persönlich aufgeführt hatte, sich mit ihm zu entfernen, da er eine Nachricht erhalten, welche ihn überzeuge, daß Döhlfeld die Hand im Spiel habe. Zwei oder drei derselben gingen hierauf mit ihm fort, verabredeten aber bald eine Zusammenkunft an einem dritten Orte außerhalb der Stadt, da Haubner noch einen Gang zu besorgen habe. Vergebens aber haben ihn seine Begleiter erwartet. Man hat nicht eher wieder etwas von ihm entbald, als bis sein Leichnam am 16. Mai in der Elbe bei Börnisch aufgefunden wurde. Wie Haubner ums Leben gekommen ist, wurde nie völlig aufgeklärt. Ein Bericht, das auch von Rönne erwähnt — der übrigens darüber frohlockt, daß der „berühmte Haubner“ seinen „Leichnam“ — frohlockt, Haubner sei gefangen und von den Soldaten längs der Elbe transportiert worden. Seine Witte, ihn ins Wasser springen zu lassen, hätten die Soldaten ihm gemahnt; als er sich aber als vorzüglicher Schwimmer gezeigt, wäre er von einigen wohlgezielten Kugeln ereilt worden. Von anderer Seite wurde erzählt: Haubner sollte von einer Anzahl sächsischer Soldaten aus der Neustadt in die Kanalisation transportiert werden. Auf der Brücke habe die Kanalisation beschossen, den „Schuft“ ins Wasser zu werfen. Sozusagen hätten den sich Sträubenden über das Geländer gehalten. Drüber auf lassend, habe sich Haubner mit gebundenen Händen an das Gitter geklammert, aber die Soldaten hätten ihm so lange mit Säbeln auf die Finger und den Kopf gehakt, bis er loslieh und in den Fluß hinauf hüpfte. Ein guter Schwimmer, sei Haubner bald wieder auf die Oberfläche gekommen und auf dem Rücken Stromwärts geschwommen. Nun sei nach ihm geschossen worden, er aber, die Brücke im Auge, sei bei jedem Ausstoßen der Gewehre rasch untergetaucht und an einer anderen Stelle wieder zum Vorschein gekommen. Ein Unteroffizier sei deshalb hinter einen Loterenzpfeil geschlichen und habe ihm von da die tödliche Kugel nachgeschickt. Das Stillschlagen in Wasser habe an Haubner: eine Obduktion vorgenommen und ihn als Selbstmörder begraben lassen. Einer seiner Brüder ließ ihn jedoch am 26. Mai 1849 ausgraben, wobei ihm vom Stillschlag Dr. Springer viele Schwereigkeiten gemacht wurden. Zeugen aus Pirna, die der Ausgrabung beizuwohnten, haben

geklärt, daß Haubner in der einen Hand einen Quer- und Längshieb hatte, und Personen aus Schanzberg, die bei der Obduktion zugegen waren, bestätigten, daß der Leichnam eines Schützen und eines Hinterkopfs gehabt habe. Haubner wurde nach der zweiten Ausgrabung auf dem Kirchhofe in Pirna beigesetzt.

Der Nachruhm der Sieger war aber damit noch nicht getilgt, daß der „berühmte Haubner“ sein edles Wirten und Feldherrn sein mit dem Tode gebüht hätte. Der Staatsanwalt konnte zwar dem toten Haubner nichts mehr anhaben, aber gegen einen seiner Werke leitete er noch eine Verfolgung ein. Das revolutionäre Plakat, das Haubner am 30. April in Dresden hatte anhängen lassen, war nämlich auf seine Veranlassung vom Ausschuss des Deutschen Vereins in Pirna beschlagnahmt worden, der Drucker Keller in Pirna hat es gedruckt und auch in seinem Blatt, der „Fliegenden Blätter“, aufgenommen. Der Staatsanwalt leitete deshalb einen Prozeß gegen den Kaufmann Friedrich Traugott Reichner und acht Genossen: Büstenmacher J. R. Denisch, F. R. Th. Schmidt, Ullrich A. B. Müller, Eisenhändler J. D. Pflüger, Rieme J. W. Zühl, Bäckermeister A. R. Bremer, Medizinalrat Th. Böhmert und Buchdrucker Ch. F. Kellner, sämtlich aus Pirna, ein wegen Teilnahme an der öffentlichen Verbreitung einer aufreizenden Schrift gegen die Regierung. Die Verhandlung fand am 27. November 1849 vor dem Schwurgericht in Dresden statt. Die angeklagten acht Ausführenden des Deutschen Vereins sagten vor Gericht im wesentlichen aus, daß Dr. W. Haubner als Vorstand des Deutschen Vereins sie am 30. April früh zwischen 8 und 9 Uhr zu sich bestellt und ihnen mitgeteilt habe, daß er ein Plakat veröffentlichen wolle. Damit sei man einverstanden gewesen. Aber als er nun das Plakat herangezogen und vorgelesen habe, sei allgemein dagegen opponiert worden. Haubner habe aber erklärt, es müßten alle Einmündigen unterschreiben, Haubner habe aber dem drucken lassen, da er es schon unter der Presse habe. Man sei dann auseinander gegangen, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. Der Buchdrucker Keller redete sich damit distanziert, er habe den Haubner habe das Plakat einem Schiffsen hielt der Verzeibliche Inhalt nicht gekannt. In diesem Prozeß hielt der Verzeibliche Kellers, der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Joseph, eine glänzende Verteidigungsrede, in der er die Handlung Haubners als eine patriotische Tat rechtfertigte. Ungefähr, unverändert durch das traurige Schicksal des Jünglings, sagte er u. a., welcher alsdann, nachdem er die Schrift zum Vergessen des Staatsanwalts geschrieben, in den hochgehenden Wellen der letzten Ereignisse seinen Tod fand, verfolge der Staatsanwalt ihn noch in den Wäldern,

Siehe den Artikel in voriger Sonntagsnummer. Siehe: v. Rönne, Seite 127 und 128.

\*\* Siehe: Dresdner Zeitung vom 26. November 1849.